

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Aktuelle Gründe an das Ergebnis der Bundestagswahl vom 28. September 1969 zu erinnern, sieht **Rudolf Scharping**: Den Herausforderungen mit Reformpolitik begegnen.

Seite 1

Die Politik darf sich mit dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit nicht abfinden, fordert **Rudolf Dreßler MdB** angesichts der Beendigung von Sonderprogrammen für die Betroffenen durch die Bundesregierung.

Seite 2

Dokumentation

Die Frauen im Regierungsteam von Rudolf Scharping haben in einem gemeinsamen Papier ihre Forderungen fixiert: Für Solidarität und eine lebenswerte Gesellschaft.

Seite 4

49. Jahrgang / 186

27. September 1994

Den Herausforderungen mit Reformpolitik begegnen Die Botschaft der Bundestagswahl vom 28. September 1969

Von Rudolf Scharping

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Bundestagswahl vom 28. September 1969 hatte die Voraussetzung dafür geschaffen, daß über mehr als ein Jahrzehnt Willy Brandt und Helmut Schmidt die Geschicke der Bundesrepublik lenkten.

Es gibt - über die Chronistenpflicht hinausreichende - aktuelle Gründe, dieses historischen Ereignisses zu gedenken.

Erinnern wir uns: Die Unionsparteien waren nach zwei Jahrzehnten Regierungsverantwortung ermüdet und verbraucht, setzten trotz des schnellen sozialen Wandels und eines wachsenden Problemstaus auf ihre politische Maxime "Weiter so".

Dieser Parole hielt Willy Brandt seine Forderung entgegen, auf allen gesellschaftlichen Feldern mehr Demokratie zu wagen. Was damals manchem anmaßend klingen mochte, war einzig seine Überzeugung, die er in der Formel ausdrückte. "Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen."

Die neue sozialliberale Regierung ging zügig daran, ihre beiden Arbeitsschwerpunkte zu realisieren:

- o die neue Ostpolitik mit dem Ziel, den Frieden nach Osten zu organisieren und zu sichern,
- o die Politik der "inneren Reformen" mit dem Ziel, den inneren Frieden unseres Landes zu gewährleisten, dafür zu sorgen, daß es sozial gerechter zugeht und dafür, daß unser demokratisches System lebendig und zukunftsfähig bleibt.

Außenpolitisch haben die beiden sozialdemokratischen Kanzler Großes geleistet: Sie söhnten ihr Land mit den östlichen Nachbarn aus und leiteten die Entspannungspolitik ein - Voraussetzung des Falls des Eisernen Vorhangs, der Mauer und der Neuvereinigung unseres Landes.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kleinformatige Umsetzung
www.sdp.de/Redaktion
Rudolf Scharping



Auch die innenpolitische Bilanz stimmte: Das System der sozialen Sicherheit wurde ausgebaut, mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht. Ich erwähnte hier nur die flexible Altersgrenze, die Lohnfortzahlung, das einheitliche Kindergeld vom ersten Kind an, den längeren gesetzlichen Mindesturlaub, die Öffnung der Rentenversicherung für die Selbständigen, die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung und - nicht zuletzt - die Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungswesen.

Auf umweltpolitischem Feld war die Regierungszeit von Willy Brandt und Helmut Schmidt die demokratische Avantgarde: Die Liste der Gesetze und Maßnahmen, die damals inkraftgesetzt wurden, bleibt beeindruckend.

Im August dieses Jahres hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine sogenannte "Bilanz des Erfolges" vorgelegt. Darin wird die zuende gegangene Wahlperiode als die "wohl erfolgreichste Wahlperiode seit Gründung der Bundesrepublik" bezeichnet. Dem zentralen Problem dieser Legislaturperiode, nämlich der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, wird nicht ein Wort gewidmet. Daß die Kluft zwischen Armen und Wohlhabenden in unserer Gesellschaft bedrückend und gefährlich groß geworden ist, wird nicht erwähnt.

Tatsache ist: In Deutschland gibt es nach zwölf Regierungsjahren Kohl die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Staatsverschuldung, die höchste Zahl von Sozialhilfeempfängern, die höchste Kriminalitätsrate, die höchste Abgabenbelastung, die größte Fleitewelle, dazu Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und Sozialabbau in nie gekanntem Umfang.

Fazit: Als Willy Brandt und Helmut Schmidt in Deutschland regierten, war dieses Land in einem besseren Zustand als heute.

Die SPD will, an dieser Politik anknüpfend, durch Reformpolitik unsere Gesellschaft für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stark machen. Arbeit für alle, soziale Gerechtigkeit und der Schutz von Umwelt und Natur sind die ersten großen anzupackenden Aufgaben, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. CDU und CSU fehlen die Kraft und der Wille zu diesem Reformwerk.

(-/27. September 1994/rs/ks)

Mit dem Problem Langzeitarbeitslosigkeit nicht abfinden

Die Bundesregierung nimmt 30.000 Menschen ihre letzte Chance

Von Rudolf Dreßler MdB

**Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)
Als Minister für Arbeit einer zukünftigen SPD-Regierung nominiert**

Jetzt kommt es darauf an, die Blockade in vielen Köpfen gegenüber Langzeitarbeitslosen zu durchbrechen. Das ist nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern auch sachlich richtig. Denn nach aller Erfahrung gelingt es besser, Langzeitarbeitslose in einer Phase mit deutlichen wirtschaftlichen Aufschwungtendenzen zu reintegrieren als in Zeiten nachlassenden Wachstums. Entscheidend ist, daß der Staat signalisiert: Wir dürfen uns mit dem Problem Langzeitarbeitslosigkeit nicht abfinden.

Die Bundesregierung tut jedoch das genaue Gegenteil. Sei läßt zwei Sonderprogramme zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen und von schwerstvermittelbaren Arbeitslosen Ende des Jahres 1994 auslaufen. Damit verlieren fast 30.000 Arbeitslose in Ost und West, die derzeit von diesen beiden Programmen aufgefangen werden, ihre letzte Chance, beruflich wieder Fuß zu fassen.

1989 wurden diese Sonderprogramme eingerichtet, um Langzeitarbeitslosen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Im Rahmen des ersten Programms werden seitdem aus Mitteln des Bundes Lohnkostenzuschüsse bis zu zwei Jahren und bis zu 80 Prozent gewährt. Im zweiten Programm werden Projekte unterstützt (Zuschüsse zu Investitionen, Hilfen zum laufenden Betriebsmittelaufwand und Personalkosten-Zuschüsse), die besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und schwerstvermittelbare Arbeitslose auffangen helfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat 1989 die Einrichtung dieser Programme als richtigen, wenn auch nur unzureichenden Schritt bezeichnet und in den Folgejahren im Bundestag stets die Forderung gestellt, diese Sonderprogramme gut auszustatten und in der Wirtschaft heimisch zu machen.

Tatsächlich haben diese Programme auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet, Langzeitarbeitslose zu reintegrieren: In den Jahren bis 1991, also in einer Wirtschaftsphase zunehmender Investitionen und größer werdender Produktionspotentiale, wurden weit über 60.000 Langzeitarbeitslose über Lohnkostenzuschüsse in Betriebe zurückgebracht. Damals wurde die Konjunktur für solche Programme genutzt. Die Bundesregierung stellt in diesen Jahren für diese Programme insgesamt 1,75 Milliarden Mark zu Verfügung.

Die neuen Länder wurden in diese Programme hineingenommen. Gleichwohl wurden wegen der sich entwickelnden Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Ländern die beiden Programme nicht aufgestockt.

Im Laufe der Jahre nach 1991 hat die Bundesregierung diese Programme zurückgefahren. Stand 93/94:

	Ausgaben in Millionen DM	Teilnehmer
Lohnkostenzuschüsse 93:	327 (122 Ost)	16.000
94:	300 (100 Ost)	13.000
Projektförderung 93:	123 (30 Ost)	13.000
94:	150 (53 Ost)	nicht absehbar

In den neuen Ländern wurden 1993 durch diese Programme 14.000 Langzeitarbeitslose aufgefangen.

Die Programme laufen Ende 1994 aus. Der Bundesarbeitsminister hat bislang keine Vorsorge im Haushalt '95 getroffen, die Programme zu erhalten. Er sieht sich außerstande, die beiden Programme erneut aufzulegen und zu finanzieren. Dramatisch ist diese Entwicklung deshalb, weil die Zahl der Langzeitarbeitslosen rasch steigt: Auf geschätzte 1,1 Millionen (gesamtdeutsch) Anfang 1995. Alternativen zu diesen beiden Programmen sind nicht in Sicht. Die nach dem Arbeitsförderungsgesetz möglichen Eingliederungshilfen reichen bei weitem nicht aus. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden zurückgefahren (von deutlich über 460.000 im Jahre 1992 auf unter 250.000 im laufenden Jahr).

Dies kann nicht hingenommen werden. Zu fordern ist, daß die Weiterführung dieser Programme und deren Aufstockung gesichert werden. Eine SPD-Regierung würde die Integration von Langzeitarbeitslosen über Zuschüsse in Übereinstimmung mit dem Regierungsprogramm der Sozialdemokraten ausweiten.

(-/27. September 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Für Solidarität und eine lebenswerte Gesellschaft

Die Forderungen der Frauen im Regierungsteam von Rudolf Scharping.

Zwölf Jahre Kohl-Regierung haben aus Deutschland eine Zweidrittel-Gesellschaft gemacht. Die Benachteiligten sind insbesondere Kinder und Jugendliche, kinderreiche Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose et cetera. Millionen von Menschen sind bereits in der gefährlichen Spirale von wirtschaftlicher Not, sozialer Entwurzelung und individueller Perspektivlosigkeit. Dies darf nicht so weitergehen. Wir wollen der Politik der gesellschaftlichen Solidarität entgegenstellen.

1. Recht auf Arbeit

Arbeitslosigkeit und Angst vor Arbeitsplatzverlust spalten die Gesellschaft und bedrohen den sozialen Frieden. Die Bundesregierung hat den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit aufgegeben. Wir werden die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zur Hauptaufgabe unserer Politik machen. Wir wollen insbesondere die vorhandene Arbeit gerechter verteilen und Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern.

2. Kinder - die Zukunft unserer Gesellschaft

Kinder sind eine Bereicherung und die Zukunft jeder menschlichen Gemeinschaft. Allerdings müssen die mit der Existenz von Kindern verbundenen Kosten gerechter als bisher auf alle verteilt werden. Wir werden eine Reform des Familienleistungsausgleichs mit der Verbesserung des Grundfreibetrages und mit der Steuervereinfachung verbinden. Als ersten Schritt zu mehr Gerechtigkeit werden wir ein einheitliches Kindergeld von 250 DM pro Kind einführen.

Wir halten am gesetzlich festgelegten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz fest und setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Tageseinrichtungen für alle Altersgruppen und Ganztagschulen ein.

3. Die natürlichen Lebensgrundlagen - Erbe für die künftigen Generationen

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die größte Gefahr für die gesamte Menschheit. Wir wollen ökologische Erneuerung und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verknüpfen. Der intelligente und sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen ist ökologisch geboten und wird sich auch wirtschaftlich auszahlen, wenn ökologische Ziele unmittelbar bei der Entwicklung und Gestaltung der Produkte berücksichtigt werden.

4. Wohnungen heute: zu wenige und zu teuer

Millionen Menschen in Deutschland suchen eine Wohnung. Mindestens eine Million sind in akuter Wohnungsnot. Kinderreiche Familien müssen oft in menschenunwürdigen Verhältnissen leben. Wir werden nach der Regierungsübernahme in den ersten zwei Jahren

den zusätzlichen Bau von jährlich 100.000 Sozialwohnungen mit langfristigen Bindungen fördern. Bei diesem zusätzlichen Förderprogramm wird der Bund die für die gesamte Laufzeit der Förderung erforderlichen Zinsen übernehmen. Wir werden die Einkommensgrenzen für den Bezug einer Sozialwohnung anheben.

Die Förderung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen werden wir sozial gerechter und wirksamer machen. Auf diese Weise können schätzungsweise 30.000 Eigenheime und Eigentumswohnungen pro Jahr mehr gefördert werden als bisher. In Ostdeutschland werden wir verhindern, daß es wegen der Altschuldenregelung zu Privatisierungen mit zerstörerischen, sozial unverträglichen Wirkungen kommt.

5. Schutz der Gesundheit - effizient und bezahlbar

Die Bürgerinnen und Bürger müssen im Krankheitsfall alle Leistungen erhalten, die sie zur Heilung benötigen. Dieser Grundsatz steht für uns nicht zur Disposition. Zuwendung zum Patienten und sorgfältige Betreuung müssen verstärkt werden. Wir wollen, daß diese Leistungen solidarisch finanziert werden und lehnen daher die Privatisierung von gesundheitlichen Risiken entschieden ab. Es bleibt bei unserer Ablehnung eines weiteren Ausbaus der Selbstbeteiligung der Krankenversicherten. Bestehende Selbstbeteiligungsregelungen werden wir daraufhin überprüfen, wie eine einseitige Belastung der chronisch Kranken verhindert werden kann. Wir werden eine effiziente Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung dort fördern, wo sie Heilung beschleunigt.

Wir werden ein Schwergewicht auf Gesundheitsvorsorge und Krankheitsfrüherkennung legen, die betriebliche Gesundheitsförderung werden wir intensivieren.

Umweltschutz und Gesundheit gehören zusammen. Schadstoffe in der Umwelt und in Lebensmitteln führen zum Entstehen vieler, auch chronischer Krankheiten, vor allem bei Kindern. Deshalb werden wir ein umfassendes Programm "Kind, Gesundheit und Umwelt" verwirklichen.

6. Partnerschaft und Gleichstellung von Frauen und Männern

Wir wollen die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt durchsetzen. Daher wollen wir gesetzliche Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen in der privaten Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst. Wir streben in den Betrieben eine Quotierung der Ausbildungsplätze an. Wir werden unsere Wirtschaftsförderung an qualifizierte Arbeitsplätze und frauenfördernde Maßnahmen binden. Wir werden eine Frauenquote bei allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten einführen, entsprechend dem Anteil von Frauen an der Arbeitslosigkeit. Wir werden unseren Gleichstellungsgesetzesentwurf erneut vorlegen, damit der Prozeß von formaler Gleichberechtigung zur wirklichen Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen endlich beschleunigt wird.

Vor allem die Frauen unserer ausländischen Mitbürger, die ständig bei uns leben, brauchen unsere Solidarität und gezielte Hilfe zur Integration. Wir werden im Ausländerrecht ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für jeden Ehepartner verankern.

Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie müssen sich an Männer und Frauen gleichermaßen richten. Unsere Vorstellungen von flexibleren und kürzeren Arbeitszeiten für alle

sind ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus werden wir die Benachteiligung bei der Teilzeitarbeit durch gesetzliche Regelungen abbauen.

SPD-Abgeordnete haben 1992 gemeinsam mit Mitgliedern anderer Fraktionen des Deutschen Bundestags einen Kompromiß zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs durchgesetzt, der die Würde der Frau und den Schutz des werdenden Lebens berücksichtigt. Das Bundesverfassungsgericht hat dies in weiten Teilen akzeptiert, aber mit einer Reihe von schwierigen Auflagen versehen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß Frauen nicht zu Bittstellerinnen auf Sozialämtern werden. Das Recht der Frau auf eigenverantwortliche Entscheidung muß gewahrt bleiben.

7. Kulturelle Vielfalt erhalten, Integration der bei uns lebenden AusländerInnen und Ausländer vorantreiben

Wir müssen gerade jetzt deutliche Zeichen setzen und die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger voranbringen. Jedes in Deutschland geborene Kind rechtmäßig hier lebender ausländischer Eltern soll automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Wir wollen in dem geänderten Staatsangehörigkeitsrecht auch Einbürgerungsansprüche und die Annahme der doppelten Staatsangehörigkeit verankern. Wir streben dabei Regelungen an, wie sie bei den meisten unserer westeuropäischen Nachbarn gängige Praxis sind.

8. Feind des friedlichen Miteinanders und der Demokratie: der Rechtsextremismus

Rechtsextremismus, Gewalt und Übergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer sowie gegen Minderheiten werden wir entschlossen bekämpfen.

Hier sind zwar auch Gesetzgeber, Polizei und Strafverfolgungsbehörden gefordert. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Vorurteilen, der Schutz von Minderheiten im täglichen Leben kann allerdings nur erfolgreich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Engagement dies zu ihrer eigenen Sache machen. Dazu rufen wir auf.

9. Für ein Deutschland der guten Nachbarschaft und internationaler Verantwortung

Wir stehen für ein Deutschland, das fest in Europa verankert bleibt. Die Europäische Integration und die Zusammenarbeit in Europa über die EU hinaus sind das beste Mittel gegen den vielerorts aufflackenden Nationalismus und zur Verwirklichung von Stabilität und Frieden.

In der Tradition Willy Brandts setzen wir uns für gerechte Beziehungen zwischen Nord und Süd und eine Politik ein, die Waffenexporte beendet und einen Schwerpunkt bei der vorbeugenden Lösung von Konflikten mit den Staaten des Südens setzt.

Der wirkliche Ernstfall ist die Bekämpfung von Hunger, Armut und Unterentwicklung.

Für die weitere Entwicklung der Menschheit wird eine Stärkung der Rolle der Frauen große Bedeutung haben, wie zuletzt die UN-Konferenz zur Weltbevölkerung in Kairo gezeigt hat. Sozialdemokratische Außenpolitik wird daher die Belange von Frauen stärker aufgreifen.

(-/27. September 1994/rs/ks)
